

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Rheingönheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Freitag, den 13.11.2015
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

Anwesend sind:

Ortsvorsteherin

Julia Caterina Appel

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Peter Niedhammer

Stefan Röth

Dieter aus den Birken

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Volker Ritthaler

Thomas Kramb

Schritfführer/in

Martina Majorosi

Entschuldigt fehlen:

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Ursula Seibel

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteherin
3. Wohnungsbau unter besonderer Berücksichtigung von Flüchtlingen
Beschlüsse zur erforderlichen Anpassung und Fortschreibung der Bauleitplanung sowie zur Errichtung von 19 Unterkünften in Schichtbauweise an 7 Standorten
Vorlage: 20151934
4. Sachstand Asyl in Rheingönheim
Vorlage: 20151893
5. Straßennamen im Neubaugebiet Sommerfeld
Vorlage: 20151832
6. Baumaßnahmen in der Hilgundstraße
Sachstandsbericht
Vorlage: 20151900
7. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Zusätzliche Metallpfosten in Hauptstraße
Vorlage: 20151908
8. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Ausbau der Königstraße
Vorlage: 20151886
9. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Parkplatzsituation am evangelischen Kindergarten
Vorlage: 20151906
10. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Hochwasserschutz
Vorlage: 20151894
11. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Gelände am Bahnhof Rheingönheim
Vorlage: 20151901
12. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Einmündungsbereich Benngewannstraße / Hauptstraße
Vorlage: 20151885
13. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Gehweg Höhe Firma Heinen und Löwenstein
Vorlage: 20151902

14. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Stand der Einzelhandelsversorgung
Vorlage: 20151895
15. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Glascontainer im Ortsbezirk
Vorlage: 20151903
16. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Zustand der Wege im Mozartpark
Vorlage: 20151909
17. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Laubbläser
Vorlage: 20151907
18. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Hoher Weg
Vorlage: 20151905
19. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Jugendliche im Ortsbezirk
Vorlage: 20151904

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ausschuss war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Der Ortsvorsteherin liegt eine Anmeldung vor. Auf Nachfrage erfolgt eine Wortmeldung. Eine Einwohnerin aus der Limesstraße möchte wissen, wann die neue Evangelische Kindertagesstätte dort eröffnet wird?

Ortsvorsteherin Frau Appel weiß noch keinen genauen Termin. Herr Ortsbeirat Röth (SPD) geht davon aus, dass die Eröffnung im ersten Quartal des Jahres 2016 stattfindet, soweit die Informationen des Pfarrgemeinderates. Genauere Informationen darüber kann man bei Frau Pfarrerin Weissmann erhalten.

Eine weitere Frage der Bürgerin bezieht sich auf die LKW's, welche durch die Limesstraße fahren, um zur Kindertagesstätte und zum Telekomgebäude zu gelangen. An der Ecke zur Bgm.-Horlacher-Straße können die LKW's nicht abbiegen, weil dort PKW's parken. Ist es nicht möglich, dort ein Parkverbot auf einer Straßenseite zu errichten?

Die Ortsvorsteherin weist daraufhin, dass eine Einbahnstraßenregelung in der Limesstraße bereits geplant ist, zeitgleich mit der Eröffnung des neuen Kindergartens.
Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) kennt die Situation und rät den Bürgern den Bereich Straßenverkehr, Abteilung Verkehrsüberwachung, anzurufen, wenn sie sehen, dass nicht ordnungsgemäß geparkt wird. Die Ortsvorsteherin stimmt dem zu und wird den Punkt nochmal ansprechen bei den Mitarbeitern des Bereichs Straßenverkehr.
Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

zu 2 Bericht Ortsvorsteherin

Frau Ortsvorsteherin Appel teilt mit, dass in der Zwischenzeit der erste Runde Tisch zum Thema Asyl in Rheingönheim stattgefunden hat. Die Veranstaltung war gut besucht. Bürger, welche interessiert sind mitzuhelfen, können ihre Anschrift gerne im OV-Büro hinterlassen. Vereine und Kirchen sind auch aktiv beteiligt.
Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) merkt an, dass der Runde Tisch wichtig war für Rheingönheim. Er hat aber das Feedback erhalten, dass die Vorbereitung nicht gut war und die Vereine nicht wissen, was eigentlich von ihnen verlangt wird.
Die Ortsvorsteherin stellt fest, dass bei dieser ersten Veranstaltung erst einmal geprüft werden sollte, welche Vereine interessiert sind und wie die beiden Kirchen mitarbeiten möchten. Die Integrationsbeauftragte der Stadt sollte erst noch einmal in dieses Thema einführen. Es wird im Januar 2016 einen nächsten Runden Tisch geben mit konkreteren Ergebnissen.

zu 3 Wohnungsbau unter besonderer Berücksichtigung von Flüchtlingen Beschlüsse zur erforderlichen Anpassung und Fortschreibung der Bauleitplanung sowie zur Errichtung von 19 Unterkünften in Schichtbauweise an 7 Standorten

Herr Magin vom Bereich Stadtplanung stellt in einer Präsentation das geplante Konzept der Stadtverwaltung vor. Im November wurde in der Stadtratssitzung ein „Konzept zum Wohnungsbau unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung von Flüchtlingen“ vorgestellt. Es sollen einerseits Standorte für Unterkünfte für Asylsuchende gefunden werden, andererseits aber auch für kostengünstigen Wohnungsbau, der nicht ausdrücklich für Asylbewerber vorgesehen sein soll, sondern für jedermann.
Die Verwaltung benötigt die Unterstützung und Zustimmung aus dem Ortsbeirat, damit das Planungsrecht konkretisiert werden kann und über Maßnahmenbeschlüsse auch die Objektplanung betreiben zu können. Falls Baurecht geschaffen werden muss und wenn die Objektplanung konkretisiert wird, dann kommt es zu Kosten. Dies soll erst nach Zustimmung von Ortsbeirat und Stadtrat geschehen.
Im ersten Teil der Präsentation geht es um die Unterkünfte für Asylsuchende. Hier muss man unterscheiden zwischen den Häusern in Massivbauweise und den SOS-Unterkünften, welche nur genutzt werden, wenn nicht genügend Wohnungen verfügbar sind auf dem freien Markt

oder von Seite der GAG bzw. wenn nicht genügend Unterkunftsplätze in den massiven Gebäuden frei sind. Zusätzlich geht es um neue Baugebiete, die schon im Flächennutzungsplan dargestellt sind, in denen zum Teil auch Unterkünfte für Asylbegehrende untergebracht werden können. Was nicht dargestellt ist, ist die Vielzahl von privaten Wohnungen bzw. GAG-Wohnungen, welche zur Verfügung gestellt wurden.

Das Gebäudemanagement hat einen 3-geschossigen Gebäudetyp entwickelt in Fertigbauweise, welcher wohnungsähnliche Grundrisse ermöglicht mit 3-Zimmer-Wohnungen, in denen bis zu 9 Personen untergebracht werden können, was dann einer Belegung von 54 Personen pro Gebäude entspricht. Diese Belegungszahlen entsprechen nicht denen einer normalen Wohnung, sondern sind einfach der Notsituation geschuldet. Hier wurden die rechtlichen Vorgaben berücksichtigt. Die Gebäude entsprechen den aktuellen Schall- und Wärmeschutzstandards.

Nach der Nutzung durch Asylbewerber können die Gebäude mit geringem Aufwand als Einfamilienwohnungen genutzt werden oder an solchen Standorten, bei denen Wohnen nicht zulässig ist (Gewerbegebiet), kann eine Nutzung zu gewerblichen Zwecken stattfinden, z. B. EG Werkstatt, OG Büro oder Wohnung Betriebsinhaber.

Die Gebäude entstehen in Fertigteilm Bauweise, verfügen über Schienenläden und einen gemeinsamen Eingang für sechs Wohnungen. Der Innenausbau wird in Leichtbauweise ausgeführt, in Hinblick auf die spätere Nutzung, so dass ein einfacher Umbau möglich ist.

Im Bereich Rheingönheim wurde ein Standort gefunden, der höchstwahrscheinlich für diese Bebauung geeignet sein wird. Die Planung muss noch konkretisiert werden und vom Stadtrat muss letztendlich noch beschlossen werden, dass man diesem Konzept zustimmt.

Der Standort „Am Sandloch“ wäre für 2 bis 3 Objekte geeignet, das wären 12 – 18 Wohnungen mit einer maximalen Belegungszahl von 162 Personen.

Die Lage ist in unmittelbarer Nähe zu dem gerade entstehenden Nahversorgungszentrum. Es gibt eine Erschließungsstraße, die in einer Wendefläche endet. Die Fläche des Grundstücks beträgt ca. 3.000 m² und wäre durchaus geeignet um dort bis zu 3 solcher Gebäude unterzubringen.

Auf dem Grundstück steht derzeit ein Gebäude, welches als Schlichtwohnung genutzt war. Das Grundstück ist stark bewachsen und zugewuchert.

Der Bundesgesetzgeber hat im Jahr 2014 ein erstes Erleichterungsgesetz erlassen und jetzt im Oktober 2015 ein weiteres Erleichterungsgesetz. Dies bedeutet auf den Standort „Am Sandloch“ bezogen, dass in Gewerbegebieten ausnahmsweise Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber vorgesehen werden dürfen. Ohne diese Erleichterungsgesetze hätte es diese Möglichkeit nicht gegeben.

Das Gesetz sieht aber nicht vor, dass man diese Unterkünfte nach der Nutzung durch Asylbegehrende als normale Wohnungen nutzen darf. Sollte eine Folgenutzung möglich sein, dann muss die Stadt verkaufen oder vermieten zur gewerblichen Nutzung.

In Rheingönheim ist keine Anpassung der Bauleitplanung oder Schaffung eines Bebauungsplanes erforderlich, was die Sache in zeitlicher Hinsicht erleichtert.

Zur allgemeinen Information stellt Herr Magin noch die sogenannten SOS-Unterkünfte (Wattstraße, Messplatz) vor.

Es handelt sich hierbei um temporäre Unterkünfte, welche genutzt werden, bis die festen Unterkünfte verfügbar sind. Die Feuerwehr betreut diese Unterkünfte. Die Unterbringung der Personen soll dort nur möglichst kurz erfolgen.

Es handelt sich hierbei um große Hallen 25 m breit und 60 m lang mit Schlafkojen, Gemeinschaftsbereich, Küche und Sanitärtrakt in Form von Containern. Hier besteht die Möglichkeit der Folgenutzung durch den WBL.

Im Ortsteil Rheingönheim wurde kein geeigneter Standort für eine SOS-Unterkunft gefunden.

In der Gemarkung Rheingönheim wurde ein Baugebiet gefunden in Richtung Limburgerhof, es handelt sich um das sogenannte „Götzenstück“. Hier handelt es sich um eine Fläche auf der Wohnungsbau vorgesehen ist, es könnte aber auch je nach Entwicklung der Flüchtlingskrise mit Flüchtlingsunterkünften versehen werden mit massiven Häusern, die man im Anschluss auch zu anderen Zwecken verwenden kann. Diese Baufläche ist 9 Hektar groß, jedoch ist noch nicht entschieden, wie viel Fläche man davon nutzen würde. Dies hängt noch von den Eigentumsverhältnissen ab. Es gibt Privateigentümer und die Abstimmung mit der Gemeinde Limburgerhof ist entscheidend.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) hat eine Anregung dazu. Es sollten frühzeitig Verhandlungen mit der Gemeinde Limburgerhof aufgenommen werden. Gerade im Hinblick auf die Belegung der Mozartschule sollten Gespräche mit der Schulaufsicht und der Gemeinde Limburgerhof geführt werden, dass die Kinder, die dort wohnen, die vom räumlichen Gebiet eher Limburgerhof zuzuordnen sind, ggf. Schulen in Limburgerhof besuchen können. Es würden erhebliche Kosten für die Stadt Ludwigshafen entstehen, wenn hier ein Schulbusverkehr errichtet werden muss zur Mozartschule. Auch die Erschließung kann aus seiner Sicht nur über die Gemeinde Limburgerhof erfolgen. Wenn diese Fragen geklärt sind, spricht nichts dagegen das Götzenstück zu entwickeln. Wohnnutzung in diesem Bereich kann nur Sinn machen, wenn entsprechende Zweckvereinbarungen mit der Gemeinde Limburgerhof geschlossen werden und wenn die Schulaufsicht einbezogen wird. Ansonsten ist dies auch aus wirtschaftlicher Sicht für die Stadt Ludwigshafen nicht tragbar. Die Mozartschule stößt jetzt schon an ihre Kapazitätsgrenzen, es wäre auch im Hinblick auf das Vorhaben „Am Sandloch“ zu überlegen, ob die Schulbezirksgrenzen nicht geändert werden sollten. Die Situation im Bereich der Ernst-Reuter-Schule ist ihm nicht bekannt, aber diese Schule liegt deutlich näher als die Mozartschule.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) sieht Probleme damit, dass die Rheingönheimer Gemarkung kleiner wird. Er hält eine Anbindung an Rheingönheim für illusorisch. Sollte dort etwas getan werden, dann ist dies nur möglich über einen Geländetausch mit Limburgerhof, ansonsten entsteht hier eine „Satellitenstadt“, welche zu Rheingönheim überhaupt keine Verbindung hat.

Herr Magin erläutert, dass vor über 20 Jahren schon einmal das Thema „Zweckvereinbarung mit Limburgerhof“ angegangen wurde. Damals führte dies zu keinem befriedigenden Ergebnis. Diese Flächen von Rheingönheim aus zu erschließen, wäre für die Stadt mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Der Stadtvorstand wollte einfach nur aufzeigen, dass es hier Potenzial gibt.

Es wurden nicht viele Standorte für kostengünstigen Wohnungsbau in Rheingönheim gefunden. Das Ziel ist kurzfristige Möglichkeiten für Wohnungsbau in Angriff zu nehmen. Durch GAG oder andere Wohnungsbauunternehmen sollen preiswerte Wohnungen angeboten werden.

In Rheingönheim gibt es das Grundstück an der Hauptstraße, derzeit bebaut mit der Fatterscheune. Es liegt am Ortseingang in der Kurve. Hier wäre eine Bebauung mit Ein- und Zweifamilienhäusern angedacht. Mietwohnungsbau über einen Bauträger bzw. Investor könnte man sich hier vorstellen.

Direkt hinter der Fatterscheune liegt das Baugebiet „Kappes“, welches aber derzeit noch nicht angegangen werden soll. Zunächst soll das Baugebiet „Sommerfeld“ realisiert werden. Die Bürger, welche im Sommerfeld bauen, müssen zuerst in den Stadtteil eingebunden werden, auch im Hinblick auf Kindergartenplätze, Schule usw.

Frau Ortsvorsteherin Appel bedankt sich für den Vortrag.

Herr Ortsbeirat Röth stellt fest, dass es sich um Pläne mit Augenmaß handelt, soweit sie den Stadtteil Rheingönheim betreffen. Es ist gut, dass die Öffentlichkeit informiert wird, da schon

Gerüchte im Stadtteil kursierten über den Standort Futterscheune. Vielleicht kann die GAG hier ihre Kernaufgabe wahrnehmen und günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) begrüßt die Bebauung an der Futterscheune. Damit wird der Ortseingang eindeutig verschönt. Hier sollte man dran bleiben und die GAG mit ins Boot nehmen.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) hofft, dass sich eine Bebauung an der Futterscheune an das Ortsbild anpassen wird. Das Ortsbild sollte hier nicht verändert werden, in dem man z. B. bis an die Straße baut. Er ist der Meinung, dass die GAG 80 bis 85 Prozent ihrer Wohnungen unter 6,00 Euro anbietet und man keine weiteren Wohnungen in Ludwigshafen davon braucht, insbesondere nicht in Rheingönheim.

Frau Ortsvorsteherin Appel sieht dies anders, sie hat viele Anfragen von Familien mit Kindern, auch Alleinerziehende mit Kindern, die Schwierigkeiten haben, gerade in Rheingönheim eine GAG-Wohnung zu finden. Die Wartelisten sind lang. Sie schließt sich Herrn Ortsbeirat Röth an, findet diese Lösung gut und hofft, dass sich die Bebauung ins Ortsbild optisch einfügt.

zu 4 Sachstand Asyl in Rheingönheim

Frau Ortsvorsteherin Appel informiert, dass sie angefragt hat, wie die Verteilung der Kinder von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die Kindertagesstätten und die Schule im Ortsteil erfolgt.

Der Bereich Schulen und Kindertagesstätten hat dazu mitgeteilt, dass sich die Planung der Kindertagesstättenplätze immer an aktuellen Einwohnerzahlen orientiert. Dazu gehören auch die in Ludwigshafen lebenden Kinder von Flüchtlingen/Asylbewerbern. Die Bedarfszahlen werden sukzessive den Veränderungen der Einwohnerzahlen angepasst und im Rahmen der Kindertagesstättenausbaupakete umgesetzt.

In Rheingönheim liegt dieser Bedarf aktuell bei 331 Kindergartenplätzen und 15 Krippeplätzen. Dieser kann nach Baufertigstellung des Evangelischen Kindergartens Regenbogenland im 1. Quartal 2016 gedeckt werden.

Alle Kinder von Asylbewerbern müssen sobald ein Asylantrag gestellt ist, sie einer Gemeinde zugewiesen sind und solange ihr Aufenthalt gestattet ist, beschult werden, wenn sie bis zum 31.08. das sechste Lebensjahr vollendet haben.

Grundschüler müssen die Grundschule besuchen, in deren Schulbezirk sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Derzeit besuchen 10 Kinder von Asylbewerbern die Mozartschule.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) weist daraufhin, dass die Mozartschule derzeit schon voll belegt ist.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) bittet darum, die Anregung aufzunehmen über die Änderung der Schulbezirksgrenzen nachzudenken, falls die Situation in der Ernst-Reuter-Grundschule nicht so angespannt ist wie in der Mozartschule. Die Situation „Am Sandloch“ ist zu berücksichtigen. Die Entfernung zur Ernst-Reuter-Grundschule ist kürzer als zur Mozartschule Rheingönheim.

Die Ortsvorsteherin spricht sich auch dafür aus, diese Anregung aufzunehmen.

zu 5 **Straßennamen im Neubaugebiet Sommerfeld**

Frau Ortsvorsteherin Appel berichtet, dass es im Sommerfeld drei Straßen gibt, welche erstmalig benannt werden sollen. Die Vorschläge des Stadtarchivs für die Straßennamen sind: Hilde-Domin-Straße, Anna-Roechling-Straße und Erika-Mann-Straße. Es sind aus dem Neubaugebiet Neubruch einige Namen noch nicht gebraucht worden: Annette von Droste-Hülshoff, Helene Lange, Marie Elisabeth Lüders, Rosa Luxemburg, Louise Schröder, Bertha von Suttner und Klara Zetkin. Diese Namen könnte man noch verwenden. Die Gewannnamen wurden bereits alle verbraucht.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) findet, dass Herr Dr. Mörz vom Stadtarchiv die Namen gut begründet und belegt hat, von daher würde die SPD-Fraktion dem Vorschlag zustimmen, um auch das Konzept im Neubruch fortzusetzen, eine Benennung nach Frauen durchzuführen. Es handelt sich um eine Erweiterung des Neubruchs und insofern ist dieses Konzept beschlossen worden. Wenn dann wieder andere Neubaugebiete entstehen, dann hätte er die Bitte, dass sich das Stadtarchiv mit dem Ortsbeirat frühzeitig zusammensetzt, gerne auch außerhalb einer Sitzung, damit man über Anregungen für Straßennamen aus dem Ortsbeirat reden kann und welches Konzept dem zugrunde liegen soll. Es ist sinnvoller, wenn man sich frühzeitig zusammensetzt, als wenn man im Ortsbeirat kurzfristig die Namensvorschläge bekommt. Dieses Mal waren die Vorschläge allerdings rechtzeitig bekannt.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) führt aus, dass der Ortsbeirat den Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung vertagt hat auf diese Sitzung. Mit der Einladung wurden keine Unterlagen mehr zu diesem TOP versandt.

Frau Ortsvorsteherin Appel merkt an, dass sie auch keine neuen Unterlagen mehr erhalten hat.

Herr Ortsbeirat Ritthaler findet es nicht in Ordnung, dass das Stadtarchiv einfach Vorschläge macht. Sein Vorschlag in der letzten Sitzung war, dass man die Straßen nach Personen aus dem Ortsteil Rheingönheim benennen sollte. Die Bürger im Ort sollten eine Verbindung zu den Straßennamen herstellen können. Viele Anwohner im Neubruch wissen gar nicht, um wen es sich handelt, wer diese Person war nach der diese Straße benannt wurde. Hier hätte die Chance bestanden, 3 Straßen nach 3 Ortsvorstehern zu benennen oder nach Personen, welche für den Ort eine überregionale Bedeutung hatten.

Die Ortsvorsteherin erklärt zum Ablauf, dass in der Regel das Stadtarchiv die Vorschläge macht. Der Stadtvorstand beschließt diese und danach kommen diese in den Ortsbeirat. Sie stimmt Herrn Ortsbeirat Röth zu, dass das Konzept der Frauennamen auf jeden Fall beibehalten werden soll. Dies jetzt abzuschaffen oder ändern zu wollen wäre nicht sinnvoll.

Sie spricht sich dafür aus, dass man in einem der neuen Neubaugebiete Straßennamen z. B. nur nach verdienten Rheingönheimern aus der Geschichte des Stadtteils benennt. Menschen, die sich für den Ort eingesetzt haben, ob politisch, ehrenamtlich, kulturell, künstlerisch.

Herr Ortsbeirat Ritthaler schlägt dazu die Namen Ursula Jung, Lieselotte Lang und Pfarrer Heinlein oder Walter Frosch vor.

Frau Ortsvorsteherin Appel findet die Vorschläge gut. Sie ist dafür, jetzt schon eine Sammlung anzulegen mit Namensvorschlägen für das nächste Neubaugebiet „Im Kappes“.

Herr Ortsbeirat Röth schlägt vor, dass man die ARGE miteinbezieht und hier noch weitere Vorschläge sammelt. Er hält es für wichtig festzuhalten, dass eine heutige Abstimmung für die 3 vorgeschlagenen Namen nicht bedeutet, dass man die Vorschläge von Herrn Ortsbeirat

Ritthaler ablehnt. Es wäre nur sinnvoll, das Konzept so fortzusetzen, wie es vom Stadtvorstand vorgeschlagen wurde, wie es das Stadtarchiv entwickelt hat. Die Straßennamen für das Gebiet Neubruch wären damit abgeschlossen.

Er nennt als negatives Beispiel den Kantor-Josef-Jacob-Platz. Ein kleiner Weg wurde zuerst nach dieser Person benannt, dieser war leider überhaupt nicht geeignet. Anschließend wurde diese Benennung wieder rückgängig gemacht und der Platz benannt. So etwas sollte in Zukunft nicht mehr passieren. Deshalb sollte bei der Vergabe von Straßennamen gut überlegt sein, ob nicht passendere Straßen zur Verfügung stehen.

Frau Ortsvorsteherin Appel bittet zur Abstimmung. Es gibt 4 JA-Stimmen, eine Gegenstimme und eine Enthaltung. Somit sind die vorgeschlagenen Straßennamen mehrheitlich beschlossen.

zu 6 Baumaßnahmen in der Hilgundstraße Sachstandsbericht

Die Ortsvorsteherin erläutert, dass es eine Begehung an der Mozartschule gab aufgrund von Beschwerden von Eltern. Der Schulweg ist für die Kinder zu gefährlich aufgrund der Fahrweise mancher Autofahrer. Durch geparkte Autos können die Kinder nicht richtig auf die Straße einsehen.

Der Bereich Tiefbau gibt zum Maßnahmenstand folgende Stellungnahme ab:

„In der Hilgundstraße vor Haus 18 ist der Einbau von Fertigteilenelementen als Fahrbahneinengung vorgesehen. Zur Sicherstellung der Feuerwehrezufahrt ist eine markierte Sperrfläche mit flexiblen Leitplatten (notfalls überfahrbar) vor Haus 14 und 16 vorgesehen.“

Am 29.04.2015 wurde die Verkehrssituation vor Ort begutachtet und besprochen. Am 23.10.2015 wurden die Maßnahmen vom Bereich Straßenverkehr angeordnet.“

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) sieht, dass die Behinderung durch die anfahrenden Eltern kommt. Er sieht die Fahrbahnverengung als nicht passend, sondern als Verkehrsbehinderung an. Diese Maßnahme macht die Situation vor Ort seiner Meinung nach nicht sicherer. Frau Appel merkt dazu an, dass sie vor Ort war und ihr wichtig ist, dass dem Begehren der Eltern nach Verbesserung der Situation endlich nachgegangen wird. Ihr wurde erklärt, dass durch die Fahrbahnverengung eine Barriere entsteht, durch die kein Auto mehr parken kann. Ein Kleinbus hat in der Vergangenheit hier oft geparkt und die Sicht auf die Straße behindert. Auch Kinder, welche vor oder hinter diesem Bus die Straße überqueren wollten, wurden nicht richtig gesehen. An dieser Stelle ist nun die Sicht auf die Straße frei. Dies war Entscheidung der Verwaltung, wie aus ihrer Sicht die Situation vor Ort verbessert werden kann.

zu 7 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Zusätzliche Metallpfosten in Hauptstraße

Herr Ortsbeirat Kramb (CDU) berichtet, dass die CDU-Fraktion vor geraumer Zeit den Antrag für die Metallpfosten gestellt hat und die Stadtverwaltung diese aufgestellt hat. Die Autofahrer

fahren jetzt allerdings ein paar Meter weiter und stellen sich mit ihrem Fahrzeug komplett auf den Gehweg. Hier kommt kein Fußgänger, schon gar nicht mit Kinderwagen, Rollator etc. mehr durch. Die Metallpfosten sollten erweitert werden. Eine Anregung wäre noch, dass man vor der Kirche Kurzzeitparkplätze schaffen könnte für die Bürger, welche nur kurz in die Apotheke, zur Bank etc. möchten.

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antwort des Bereichs Straßenverkehr vor:

„Eine Ortsbesichtigung ergab, dass aufgrund der Grundstückszufahrt der Apotheke und der weiteren Zufahrt des Nachbargebäudes maximal 4 Absperrpoller gesetzt werden könnten. Unter Umständen hätte dies zur Folge, dass die Grundstückszufahrten zugestellt werden würden.

Damit würde der gewollte Effekt der Absperrpfosten vor der Apotheke, nämlich das tatsächliche Freihalten des Ampelbereichs für größere Fahrzeuge beim Abbiegen nach links in die Hauptstraße vom Hohen Weg kommend, zunichte gemacht werden.

Unabhängig davon werden verstärkte Kontrollen im Rahmen des ruhenden Verkehrs eingeplant.“

Frau Appel stellt den Antrag zur Abstimmung. Der Ortsbeirat spricht sich einstimmig für den Antrag der CDU-Fraktion aus.

zu 8 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Ausbau der Königstraße

Die Ortsvorsteherin liest die beiden Antworten der Bereiche Bauverwaltung und Tiefbau vor: „Der WBL erneuert den Kanal in der Königstraße (zwischen Hilgund- und Fritz-Schmidt-Straße) auf einer Länge von etwa 355 Metern und in der Fritz-Schmidt-Straße (zwischen Haupt- und Königstraße) auf einer Länge von etwa 43 Metern. Der Kanal befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand und es besteht Sanierungsbedarf. Zudem wird der Kanal in der Königstraße durch Querschnittsvergrößerung hydraulisch ertüchtigt.

Die Bauarbeiten beginnen voraussichtlich Anfang Mai 2016 und dauern bis Ende Dezember 2016.

Der Ausbau der Königstraße ist im Straßenausbauprogramm 2017 mit entsprechendem Planungsvorlauf in 2016 vorgesehen. Der Planungsbeginn und die Beauftragung des Ingenieurbüros sind von der Genehmigung des Haushaltsplanes durch die Aufsichtsbehörde bzw. der Freigabe der Finanzmittel im Jahr 2017 abhängig.“

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) erläutert dazu, dass der Hintergrund für die Anfrage das Straßenausbauprogramm war, welches im letzten Jahr im Rahmen des Haushaltsbeschlusses vorgestellt wurde. Die Königstraße stellt eine wichtige Verbindung in Rheingönheim dar. Die Stadtverwaltung hat unterstrichen, dass bezüglich des Kanals Handlungsbedarf besteht. Der Kanal wird nun saniert und er bittet mit Nachdruck alle anwesenden Stadträte dafür zu sorgen, dass auch für den Ausbau der Königstraße die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es sollte die Chance genutzt werden, wenn die Straße schon durch die Kanalsanierung geöffnet ist, die Straße im Anschluss auch pragmatisch und kostengünstig wieder herzurichten. Es ist gut, dass der Ortsbeirat vorgewarnt ist, dass hier noch gewisse Haushaltsrisiken bestehen. Es hat für Rheingönheim wichtige Priorität, dass die Königstraße im Anschluss an die Kanalsanierung schnell wieder hergestellt wird.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) schlägt vor von Anfang an darauf zu achten, dass sich

hier eine Lösung bietet, welche verkehrstechnisch günstig ist für die Anwohner. Es wird ein großes Problem geben, weil in dieser Straße alles zugeparkt ist, einige der Anwohner keine Möglichkeit haben, ihre Autos in ihrer Einfahrt abzustellen. Die Straße wird ein gutes Jahr nicht benutzbar sein und die Baumaßnahmen sollten in Abschnitten geplant werden. Er bittet darum, sachlich, praktisch und preiswert umzubauen.

**zu 9 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
 Parkplatzsituation am evangelischen Kindergarten**

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) wurde von Bürgern angesprochen wegen der Zufahrt zum Bereich Containerkindergarten. Dort gibt es zu wenige Parkplätze. Das Verkehrschaos an der Mozartschule ist in der Limesstraße auch zu erwarten, da dort auch mehr Kindergartenplätze zur Verfügung stehen werden. Die CDU möchte wissen, was geplant ist, um das Verkehrschaos durch Eltern, welche ihre Kinder bringen, zu vermeiden.

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antworten der Verwaltung vor:

Der Bereich Bauaufsicht teilt mit, dass im Baugenehmigungsverfahren gemäß der Verwaltungsvorschriften des Ministeriums für Finanzen insgesamt 6 Stellplätze berechnet und nachgewiesen wurden.

Eine separate Ausweisung für Mitarbeiter-Stellplätze ist darin nicht vorgesehen.

Der Bereich Straßenverkehr informiert darüber, dass Kontrollen der Geschwindigkeit und des ruhenden Verkehrs durchgeführt werden, sobald die Baustelle abgeschlossen ist.

Die Einbahnstraßenregelung für die Limesstraße wurde bereits am 31.07.2015 angeordnet und wird in den nächsten Wochen ausgeführt. Nach der Ausführung wird für ca. 3 Wochen noch ein Hinweis auf die geänderte Verkehrsführung aufgestellt.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) sagt dazu, dass das Problem nicht unbekannt ist. Als die Pläne vorgestellt wurden, ist bereits aufgefallen, dass nur wenige Parkplätze vorgehalten werden für die Mitarbeiter der KTS. Der Personalstamm wird sich aufgrund der Erweiterung auch erhöhen, es bleibt nicht bei der derzeitigen Anzahl von Mitarbeitern. Diese wird nicht ausreichen um mehr Kinder zu betreuen. Auch auf der öffentlichen Bürgerversammlung der GAG wurde schon entgegnet, dass man die von der Bauaufsicht vorgesehen Plätze nachweisen muss, ansonsten wäre das Vorhaben nicht genehmigungsfähig gewesen. Im Ortsbeirat wurde mehrfach ein Gesamtverkehrskonzept angemahnt, auch im Zusammenhang mit dem Tag des Verkehrs, leider ist bisher nur der Versuch der Einbahnstraßenlösung dabei entschieden worden, um dahingehend geregelte Verhältnisse zu schaffen, dass der Verkehrsfluss nur in einer Richtung erfolgt. Ob das die Hoffnungen tatsächlich erfüllt, sieht er selbst skeptisch. Vielleicht empfiehlt der Träger selbst den Mitarbeiterinnen im Bereich der Turnerstraße zu parken oder im Bereich des Spielplatzes Limesstraße in den Parkbuchten. Diese liegen in naher Entfernung. Zumindest die Erzieherinnen könnten dort parken. Das Gelände gab nicht mehr Parkplätze her, aber die gesetzlichen Vorgaben sind erfüllt. Man kann sich natürlich darüber streiten, ob es realistisch ist, bei dieser hohen Anzahl von Kindern und Mitarbeitern 6 Stellplätze vorzusehen.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) stellt fest, dass die Einbahnstraßenregelung die einzige Möglichkeit war zumindest die Lage zu entschärfen, damit nicht Autos aus beiden Richtungen kommen und sich dann gegenüberstehen und nicht mehr weiterkommen. Auch in den Kurvenbereich wird ein Halteverbotsschild aufgestellt. Das sind alles Hilfsmaßnahmen. Er

findet dies auch nicht gut und ausreichend, aber es war die einzige Möglichkeit. Seit 3 Jahren wurde über dieses Thema gesprochen.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) ist der Meinung, man könnte über ein städtisches Gelände welches die Stadt an den TV verpachtet hat, der dies aber derzeit nicht benutzt, eine Anfahrt machen über den TV und könnte so eine deutliche Verkehrsentslastung für die Limesstraße erreichen. Diese Lösung wäre relativ einfach und pragmatisch. Der Träger, die GAG und die Stadt sollten darauf angesprochen werden.

Herr Ortsbeirat Niedhammer merkt an, dass die Ortsvorsteherin und er in der Vergangenheit schon mit dem Eigentümer des Geländes gesprochen haben. Doch es kam keine eindeutige Antwort dazu. Der Ortsbeirat sollte dies weiter im Auge behalten.

zu 10 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Hochwasserschutz

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antwort des GZV Rehbach-Speyerbach vor:

„Die Genehmigungsplanung ist bis auf den Umweltteil fertiggestellt. Ergänzende Untersuchungen zum Artenschutz (Haselmauskartierung) werden derzeit noch durchgeführt. Die Planung soll bis Ende Dezember/Anfang Januar bei der SGD zur Genehmigung eingereicht werden. Ein Zeitplan kann erst nach Genehmigung erstellt werden.“

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) erläutert dazu, Hintergrund der Anfrage war die Erörterung im Ortsbeirat im letzten Jahr hinsichtlich der Ertüchtigung der Rehbachdeiche auf Rheingönheimer Seite. Die Ertüchtigung ist aus Sicht der SPD dringend erforderlich, um den Hochwasserschutz, insbesondere im Bereich südlich der Hauptstraße, sicherzustellen. Die tiefer gelegenen Gebiete würden im Ernstfall mit Wasser volllaufen bis über 2 Meter hoch. Das Gebiet Neubruch noch mehr. Insbesondere vor dem Hintergrund der Erhöhung und Ertüchtigung der Deiche auf der Seite von Neuhofen, aber auch der neuen Funktion dieses Bereichs als Retentionsraum im Zusammenhang mit der Südspange, ist es aus Rheingönheimer Sicht eilig, diese Maßnahme voranzutreiben. Es ist ernüchternd, dass man erst an diesem Punkt angelangt ist und dass über mögliche Verhandlungen mit Grundstückseigentümern hinsichtlich des benötigten Geländes noch nichts ausgesagt ist. Er bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt nochmal für die nächste Ortsbeiratssitzung vorzusehen. Bis dahin müsste mehr bekannt sein als der derzeitige Sachstand.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) weist daraufhin, dass dies der niedrigste Damm in der ganzen Umgebung ist. Alle Gemeinden rundherum haben die Dämme erhöht. Wenn Hochwasser kommt, dann ist Rheingönheim nicht geschützt. Die Gebiete Neubruch und Sommerfeld wären massiv betroffen. Es gibt eigentlich keinen Grund für eine Verzögerung.

zu 11 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Gelände am Bahnhof Rheingönheim

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) berichtet von dem Gelände, welches mit einem provisori-

schen Zaun zugebaut wurde. Die CDU-Fraktion möchte wissen, wem dieses Gelände gehört und weshalb es nicht in eine Grünfläche oder Parkplätze umgewandelt wird.

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antwort des Bereichs Immobilien vor:

„Der Bereich Immobilien hat dieses Grundstück in Verwaltung. Mehrere Versuche in Richtung des Bereichs Tiefbau zur sinnvollen Herrichtung oder Nutzung des Areals wurden bisher abgelehnt. Um wilde Ablagerungen zu verhindern hat der Bereich Immobilien diese Fläche durch einen Bauzaun abgesperrt.

Eine Nutzung als Parkplatz kommt in dem derzeitigen Zustand aufgrund der nicht gegebenen Verkehrssicherheit nicht in Betracht. Die Voraussetzungen für eine Verwendung als öffentliche Parkplatzfläche müssten durch die zuständigen Fachbereiche im Dezernat 4 erst geschaffen werden.

Der Bereich Tiefbau hat im Jahr 2011 die Kosten für eine solche Herrichtung auf ca. 100.000,00 Euro geschätzt.

Der Sachverhalt wurde der Verwaltungskonferenz übermittelt. In der Sitzung vom 29.03.2011 wurde folgender Beschluss gefasst:

„Die VK beschließt, dass die Fläche aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht hergerichtet wird, das Grundstück jedoch verpachtet werden kann und ein jeweiliger Pächter diese Fläche, wenn er sie zu Parkierzwecken nutzen will, auf eigene Kosten herrichten müsste.“ Die Entscheidung hat noch Bestand.

Im Jahr 2014 wurde durch den Bereich Stadtplanung festgestellt, dass dort weiterhin kein Bedarf für weitere öffentliche Parkplätze besteht.“

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) ist sehr verwundert über diese Antwort und teilt insbesondere die Auffassung des Stadtvorstandes nicht. Die Anregung der CDU-Ortsbeiratsfraktion hieraus Parkraum zu machen, ist sinnvoll. Er hält es für sinnvoll, wenn der Ortsbeirat den Stadtvorstand auffordert seine Meinung zu revidieren vor dem Hintergrund des bevorstehenden Abrisses der Hochstraße Nord. Es wird jeglicher Parkraum und insbesondere P + R Möglichkeiten benötigt, um ein Umsteigen in der Nähe von Anschlussstellen an überregionale Straßen vom Individualverkehr auf den ÖPNV zu ermöglichen. Die Parksituation dort ist bereits jetzt angespannt. Vielleicht entspannt sie sich durch den Auszug des Fitnessstudios Lieser nach Neuhofen. Aber nichtsdestotrotz besteht erheblicher Bedarf an Parkplätzen und P + R Plätzen in Bezug auf den Abriss der Hochstraße Nord. Dieser Bereich würde sich anbieten. Aus seiner Sicht ist es nicht erforderlich, solche Parkplätze in der Form zu errichten wie im vorderen Bereich, es muss nicht zwingend gepflastert werden. Eine preiswerte Lösung würde genügen, man sollte die Kosten in dem Gesamtkonzept Abriss Hochstraße Nord mit einteilen. Die hohen Kosten von 100.000,00 Euro könnten sich vielleicht auch reduzieren lassen. Aus seiner Sicht soll die Stadt aufgefordert werden, die Meinungen hier noch einmal zu überdenken vor dem Hintergrund der genannten Gründe. Es wäre sinnvoll, den Beschluss aufzuheben und ins Gesamtkonzept Hochstraße miteinbeziehen und keinesfalls weiterhin die Vermietung zu betreiben. Dann besteht keine Möglichkeit mehr P + R Parkplätze einzurichten. Er ist entsetzt darüber, dass die Stadtverwaltung so kurzfristig denkt und nicht das große Projekt Hochstraße Nord im notwendigen Maße reflektiert.

Frau Ortsvorsteherin Appel teilt die Meinung von Herrn Ortsbeirat Röth. Sie erläutert, dass sie auch selbst schon versucht hat, bei der Verwaltung auf ein Umdenken hinzuwirken, gerade auch im Hinblick auf den Abriss der Hochstraße Nord. Ihr wurde in Bezug auf die Kosten auch eine ablehnende Antwort gegeben.

Im Ortsbeirat Rheingönheim besteht Einstimmigkeit, dass der VK-Beschluss überdacht werden sollte.

**zu 12 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Einmündungsbereich Benngewannstraße / Hauptstraße**

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) teilt mit, dass Bürger, welche aus der Benngewannstraße in die Hauptstraße abbiegen wollen, sich immer wieder beschweren wegen der schlechten Sicht. Diese wird verursacht durch parkende hohe Autos rechts und durch das Eiscafe, welches Palmen, Stühle, Tische aufgestellt hat. Es gab früher ein Halteverbot auf den letzten paar Metern der Benngewannstraße, allerdings wurde dieses Schild entfernt. Es gab eine Ortsbesichtigung und die Verwaltung war bereit, das Schild wieder aufzuhängen. Bisher sind 3 Monate vergangen, das Schild hängt immer noch nicht. Derzeit ist die Sicht besser, weil das Eiscafe geschlossen ist und seine Außenbestuhlung weggeräumt hat, aber im nächsten Frühjahr wird das Problem wieder bestehen, wenn die erteilte Genehmigung nicht zurückgezogen wird.

Die Ortsvorsteherin liest die Antworten der beteiligten Bereiche vor:

Der Bereich Öffentliche Ordnung teilt mit, dass diese Straßeneinmündung schon seit mehreren Jahren ein Streitpunkt ist.

Die Sitzgruppen befinden sich auf Privatgelände. Sie stehen nicht im öffentlichen Verkehrsraum. Das Bauamt hat am 26.03.2007 eine Nutzungsänderung einer privaten Abstellfläche im Straßenbereich zur saisonal begrenzten Außenbestuhlung genehmigt.

Die Ordnungsbehörde ist nicht zuständig gegen eine Außenbestuhlung im Privatbereich vorzugehen.

Der Bereich Straßenverkehr schreibt, dass aufgrund des Ortstermins am 07.08.2015 Herr Schmidt vom Bereich Stadtplanung den Bereich Immobilien informiert hat und um Bearbeitung wegen der illegalen Bestuhlung des Eiscafes außerhalb der Baugenehmigung gebeten hat.

Es ist dort auch der Standort für das zwischenzeitlich angeordnete Halteverbot festgelegt worden. Vor Ort wurde am 03.11.2015 festgestellt, dass vor dem Eiscafe weder eine Bank noch ein Blumenkübel im öffentlichen Verkehrsraum aufgestellt waren.

Frau Ortsvorsteherin Appel stellt dazu fest, dass es keine Genehmigung geben kann, wenn der Blick in den öffentlichen Verkehrsraum behindert wird, auch wenn es sich um Privatgelände handelt.

Herr Ortsbeirat Niedhammer ist der Ansicht, das Gebäude hat einen Überbau und auf dieser Fläche können die Tische stehen, aber der öffentliche Verkehrsraum - hier der Gehweg - kann nicht als Privatgelände angesehen werden. Um dieses Stück Gehweg geht es letztendlich.

Herr Ortsbeirat Niedhammer bittet darum, der Verwaltung noch einmal mitzuteilen, dass der Ortsbeirat Rheingönheim ein Aufstellverbot für die Bänke und Palmen wünscht.

**zu 13 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Gehweg Höhe Firma Heinen und Löwenstein**

Frau Ortsvorsteherin Appel kennt den Sachverhalt auch, hat beim Bereich Tiefbau nachge-

fragt und die Antwort erhalten, dass es sich um ein Versehen handelt und dies sollte wieder umgestaltet werden.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) erläutert, dass er von mehreren Bürgern mit Rollator angesprochen wurde. Ihm ist auch aufgefallen, dass der Zaun in den Gehweg hineinragt. Er hat nachgefragt, wieso der Gehweg nicht gleichmäßig breit gestaltet wurde, sondern in der Kurve verschmälert. Denn dadurch muss eine Person auf die Straße ausweichen, wenn sich zwei Fußgänger entgegenkommen. Die CDU fordert die Stadtverwaltung auf, dies zu ändern.

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antwort des Bereichs Tiefbau vor:

„Der Zaunbauer hat den Zaun irrtümlicherweise auf die alte Grenze gesetzt, so dass der vorhandene Gehweg in seiner alten Breite erhalten blieb.

Die Genehmigung für die vorgesehene Gehwegverbreiterung liegt bereits seit Februar vor. Die Umsetzung kann jedoch erst erfolgen, wenn der Zaun zurückgebaut wurde. Die Zusage zum baldigen Zaunrückbau des von der Firma Heinen und Löwenstein beauftragten Ingenieurbüros liegt vor.“

zu 14 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Stand der Einzelhandelsversorgung

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass es Veränderungen im Einzelhandel gibt in Rheingönheim. Der Ortsbeirat hatte in der Vergangenheit schon einmal nachgefragt. Die Verwaltung wollte eigentlich auf den Ortsbeirat zukommen, dies ist nicht geschehen, deshalb die erneute Anfrage der SPD-Fraktion.

Die Ortsvorsteherin liest die Antwort des Bereichs Stadtentwicklung vor:

„Die Situation im Lebensmitteleinzelhandel im Ortsbezirk Rheingönheim ist unter Berücksichtigung der bevorstehenden Neueröffnungen im Sandloch als gut bis sehr gut zu bezeichnen. Rheingönheim besitzt gemessen an dem üblichen Indikator Verkaufsfläche pro Einwohner den vierthöchsten Wert aller Stadtteile in Ludwigshafen und unter den auf die Einwohnerzahl bezogenen kleinen Stadtteilen die höchste Ausstattung. Hier wurden die neuen Betriebe im Sandloch ebenfalls eingerechnet.

Rheingönheim verfügt zusätzlich über 2 Metzger, 5 Bäcker und einen Drogeriemarkt. Das ist ebenfalls eine Ausstattung, die viele andere Stadtteile nicht mehr vorweisen können.

Daher besteht aus fachlicher Sicht kein weiterer Bedarf im Lebensmittelsektor.

Im übrigen Einzelhandel ist die Situation ungleich schwieriger zu beurteilen, da diese Einzelhandelsbetriebe seit Jahrzehnten auf dem Rückzug aus den Stadtteilen sind. Rheingönheim verfügt über insgesamt 35 Einzelhandelsbetriebe. In den letzten Jahren war hier ein starker Rückgang zu verzeichnen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Zahl der Geschäfte insgesamt erhöhen wird. Hier lassen sich auch keine Bedarfe für einzelne Branchen benennen.“

Herr Ortsbeirat Röth bedankt sich für ausführliche Antwort, damit kann man zufrieden sein. Wichtig ist noch, dass es entscheidend ist, dass die neuen Einkaufsmöglichkeiten im Sandloch auch für Personen ohne PKW erreichbar sind. Dort gibt es eine Haltestelle des ÖPNV, welche auch unbedingt erhalten bleiben sollte.

**zu 15 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Glascontainer im Ortsbezirk**

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) hat inzwischen gesehen, dass die Gehwege gereinigt wurden. Seine Frage ist nun, ob die Stadt dies machen muss oder ob man diese Aufgabe auf die Betreiber der Container übertragen kann.

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antwort des Bereichs Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik vor:

„Die Glascontainerstandplätze werden in der Regel einmal wöchentlich mit dem Besen gereinigt. Diese Reinigungsleistung wird im Rahmen der Altglassammlung vom Dualen System beauftragt und pauschaliert mit einem Entgelt pro Einwohner und Jahr abgegolten. Eine Übertragung dieser Leistung auf das Altglassammelunternehmen ist nicht vorgesehen. Wilde Müllablagerungen werden im Zuge der Reinigung mitentsorgt. Außergewöhnliche Verunreinigungen können nur mit zusätzlichem Aufwand beseitigt werden. So wurden die beanstandeten Standplätze in der Gabriele-Münter-Straße und in der Mörschgewanne mit einem Hochdruckreiniger gereinigt. Die restlichen Standplätze werden nach Beseitigung des Herbstlaubes, welches wegen der Verkehrssicherheit Vorrang hat, sukzessive abgearbeitet.“

Herr Neuschwender, WBL, merkt dazu noch an, dass der WBL 1,71 Euro pro Einwohner und Jahr vom Dualen System bekommt als Beitrag für die Öffentlichkeitsarbeit und das Saubermachen der Standplätze.

Von allen Standorten wurden Fotos gemacht und nach Möglichkeit werden auch die Verschmutzungen durch ausgekippte Flüssigkeiten entfernt werden.

**zu 16 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Zustand der Wege im Mozartpark**

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) berichtet, dass dieser Tagesordnungspunkt noch einmal auf die Tagesordnung genommen wurde, weil es in der letzten Stellungnahme hieß, die Wege seien alle in gutem Zustand. Die CDU-Fraktion bezweifelt dies und hat diesmal auch Fotos gemacht.

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die ausführliche Stellungnahme des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe vor:

„Am 05.11.2015 fand eine Begehung vor Ort statt. Im Mozartpark gibt es unterschiedlich ausgebaute Platz- und Wegeflächen. Es handelt sich um wassergebundene Beläge, Klinkerbeläge, Pflasterbeläge und alter Asphaltbelag. Alle Belagsarten sind zu den angrenzenden Flächen und gegeneinander mit einer Trennkante abgegrenzt.

Mit Ausnahme der älteren Asphaltfläche sind alle anderen Beläge in einem verkehrssicheren Zustand. Der Asphaltbelag ist wellig und durch das Wurzelwerk der benachbarten Bäume aufgeworfen, aber nicht aufgerissen und somit ohne Stolperkanten. Hier besteht Handlungsbedarf in Form einer Flächensanierung zur Wiederherstellung der Belageebenheit/Verkehrssicherheit. Diese Sanierung wird nach witterungstechnischer Möglichkeit in diesem Winterhalbjahr erfolgen.

Bei den wassergebundenen Flächen fehlt in fast allen Bereichen die Deck- bzw. Verschleißschicht und der intakte Unterbau ist zum Vorschein gekommen. Außerdem hat sich in den

wenig frequentierten Bereichen Grasbewuchs eingestellt. Dieser stellt allerdings nur einen optischen Makel dar. Der Pflasterbelag am Kriegerdenkmal ist teilweise mit Gras überwachsen. Hier besteht ein verkehrssicherer, aber nicht ordnungsgemäßer Zustand. Die Überarbeitung der wassergebundenen Flächen ist vorgesehen für die Zeit nach der Laubbeseitigung, spätestens im Frühjahr 2016.“

**zu 17 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Laubbläser**

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) ist der Meinung, dass viele der Schäden auf den wassergebundenen Flächen durch den Einsatz von Laubbläsern entstehen. Die Geräte verursachen zudem einen Riesenlärm und der Sand von den Wegen wird nicht nur in die Grünflächen geblasen, sondern auch auf parkende Autos. Für die CDU stellt sich die Frage, ob der Einsatz von Laubbläsern wirklich nötig ist.

Frau Appel liest die gemeinsame Antwort der Bereiche Bauverwaltung, Stadtvermessung und Stadterneuerung, Grünflächen und Friedhöfe und Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik vor:

Im Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik werden derzeit 10 benzinbetriebene und 9 elektrische Laubblasgeräte eingesetzt. Defekte Benzingeräte werden dabei durch elektrische Geräte ersetzt.

Weitere 60 Laubblasgeräte besitzt der Bereich Grünflächen und Friedhöfe. Es handelt sich um 4 akku-betriebene Blasgeräte, 1 Anbaugeräte für Ackerschlepper, 10 mobile Blasgeräte auf Rädern und 45 Handblasgeräte.

Die Handblasgeräte werden nicht nur zur Laubzeit sondern ganzjährig eingesetzt. Sie ersetzen den Straßenbesen, sind aber vielseitiger und dadurch wirtschaftlicher einsetzbar.

Hinsichtlich der Feinstaubproblematik ist der Verzicht auf die Verwendung von motorbetriebenen Laubbläsern „ein Tropfen auf den heißen Stein“ und kann vernachlässigt werden. Das Problem bei der Verwendung von Laubbläsern wird eher auf der Seite der Lärmimmission gesehen. Deshalb wird die Umstellung auf leisere Akku-Bläser sukzessive vorgenommen. Nach den Erfahrungen des zuständigen Bereichs Grünflächen und Friedhöfe mit dem Einsatz von Handblasgeräten als Besenersatz entstehen keine gravierenden Schäden beim Abblasen der Flächen.

Im Mozartpark wurde die Verschleiß-/Deckschicht der wassergebundenen Wege durch unerlaubtes, regelmäßiges Befahren der Flächen – mit Bremsproben – durch Fahrrad- und/oder Mopedfahrer geschädigt. Die Flächen werden bei Pflege- und Reinigungseinsätzen auch durch städtische Fahrzeuge genutzt.

**zu 18 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Hoher Weg**

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antwort des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe vor:

Die Baumpflanzarbeiten zur Begrünung des Hohen Weges werden zurzeit ausgeschrieben. Im zeitigen Frühjahr 2016 werden die Baumpflanzungen durchgeführt.

Frau Wolter merkt dazu noch an, dass es keinen Submissionstermin mehr gab für die Ausschreibung in diesem Jahr. Deshalb findet die Pflanzaktion nicht mehr im Herbst dieses Jahres statt.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) hat zum Hohen Weg noch zu sagen, dass die Anwohner sich bereits beschwert haben, weil die Kurvenradien im Bereich der Bushaltestellen, aber auch andere Ausbuchtungen, so ungünstig seien, dass die Kehrmaschine nicht richtig kehren kann und deshalb öfter von Hand nachgekehrt werden muss. Die Anwohner haben auch den Fahrer einer Kleinkehrmaschine (Römerstraße/Gänsweidstraße) angesprochen, damit gewisse Ecken ausgekehrt werden. Der WBL soll jetzt prüfen, ob diese Probleme tatsächlich vorliegen und wenn ja, welche Möglichkeiten bestehen diesen Planungsfehler im Wege eines Regresses geltend zu machen.

zu 19 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Jugendliche im Ortsbezirk

Frau Ortsvorsteherin Appel bittet darum, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen, da Herr Renner von der Polizei anwesend ist und noch einen Anschlusstermin hat. Die Ortsbeiratsmitglieder sind damit einverstanden.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) berichtet über die Situation im Zedwitzpark in Mundenheim, welche dort eskaliert ist. Bei der Rheingönheimer Kerwe habe man festgestellt, dass die Jugendlichen übergewandert seien. Es sei fraglich, ob dies nur an der Kerwe lag oder ob die Jugendlichen durch den Druck der Polizei den Zedwitzpark verlassen haben und nun einen Ort in Rheingönheim gefunden haben. Es wurde um Auskunft gebeten, wie die Maßnahmen der Polizei aussehen.

Die Ortsvorsteherin liest die Stellungnahme aus dem Haus des Jugendrechts vor:

„Die Sachbearbeitung für Vorgänge solcher Art erfolgt im JuReLu gemeinsam durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Stadtjugendamt.

Es gibt vereinzelt Namensüberschneidungen hinsichtlich der Vorgänge in Mundenheim und Rheingönheim, aber es kann nicht von einer Abwanderung der Jugendlichen nach Rheingönheim gesprochen werden.

An den Mundenheimer Vorfällen waren auch Jugendliche beteiligt, die in Rheingönheim wohnen.

Es gibt bei den Jugendlichen vielfältige Berührungspunkte, die ein Antreffen im jeweiligen Stadtteil schlüssig erklären (z.B. gemeinsamer Besuch des Schulzentrums Mundenheim).

Verkehrsknotenpunkte wie Haltestellen bieten sich als Treffpunkte an.

Ein Verdrängungseffekt durch die eingeleiteten Maßnahmen (strafrechtlich als auch pädagogisch) ist nicht zu erwarten.

Weitere Maßnahmenplanungen werden zu gegebener Zeit vorgestellt.“

Herr Renner, Kontaktbeamter für den Stadtteil Rheingönheim, ergänzt hierzu:

Die Zedwitz-Jugendlichen sind zu 95 % namentlich bekannt. Sie wohnen nicht alle in Mundenheim, sondern auch in Rheingönheim. Es gibt auch Überschneidungen im Freundeskreis. Was auffällig ist von polizeilicher Seite, dass seit ca. 8 – 10 Tagen nichts mehr passiert ist im Zedwitzpark. Die Jugendlichen sind nicht verschwunden, die Treffpunkte verschieben sich

allerdings. Auch in anderen Stadtteilen existieren diese Probleme, z. B. Berliner Platz, Endhaltestelle Oppau. Die Kerwe war wohl der Anziehungspunkt in Rheingönheim.

Herr Renner sieht keine Abwanderung der Jugendlichen nach Rheingönheim. Die weitere Entwicklung ist allerdings nicht abzusehen. Den Zedwitzpark hat die Polizei jetzt im Griff. Durch die Witterung könnte sich das Problem auch relativieren. Sollte sich jedoch an der Situation in Rheingönheim etwas verändern, dann wird dies im Streifenplan der Polizei aufgenommen.

Frau Ortsvorsteherin Appel ergänzt, sie hat sich mit der LUKOM als Kerweveranstalter schon in Verbindung gesetzt. Für das Straßenfest und die Kerwe im nächsten Jahr muss ein passendes Sicherheitskonzept überlegt werden. Sie ist allerdings gegen eine extern eingekaufte Security-Firma. Polizei und Ordnungsamt können dies selbständig regeln, wenn die Verhältnisse so bleiben.

Herr Renner ergänzt, dass es viele Feste, Umzüge usw. nicht mehr gibt, weil sich die Gemeinden die Kosten für eine Sicherheitsfirma nicht leisten können.

Frau Appel bedankt sich für den Bericht von Herrn Renner.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
18:55 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.06.2018

Martina Majorosi
Schriftführer/in

Julia Caterina Appel
Vorsitzende/r